

Wirtschaftswissenschaft im Dienste der Verteilungs-, Geld- und Finanzpolitik

**Festschrift für Alois Oberhauser
zum 70. Geburtstag**

Herausgegeben von

**Reinar Lüdeke
Wolfgang Scherf
Werner Steden**



Duncker & Humblot · Berlin

Wirtschaftswissenschaft im Dienste
der Verteilungs-, Geld- und Finanzpolitik

Festschrift für Alois Oberhauser
zum 70. Geburtstag



Mr Oberhauser

Wirtschaftswissenschaft im Dienste der Verteilungs-, Geld- und Finanzpolitik

Festschrift für Alois Oberhauser
zum 70. Geburtstag

Herausgegeben von

Reinar Lüdeke
Wolfgang Scherf
Werner Steden



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Wirtschaftswissenschaft im Dienste der Verteilungs-, Geld- und Finanzpolitik :
Festschrift für Alois Oberhauser zum 70. Geburtstag / Hrsg.: Lüdeke, Reinar ... –
Berlin : Duncker und Humblot, 2000

ISBN 3-428-09949-4

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen
Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 2000 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fotoprint: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin
Printed in Germany

ISBN 3-428-09949-4

Vorwort

Am 20. Januar 2000 vollendet Prof. Dr. Alois Oberhauser sein siebzigstes Lebensjahr. Freunde, Schüler und Kollegen widmen dem Jubilar aus diesem Anlaß die längst verdiente Festschrift. Sie ehren damit einen Ökonomen, der sich in seiner breit gefächerten wissenschaftlichen Arbeit stets darum bemüht hat, bei der theoretischen Analyse ökonomischer Fragen die Realität nicht aus dem Auge zu verlieren. Seine Forschungsschwerpunkte liegen daher auch keineswegs zufällig in einigen besonders kontrovers diskutierten Bereichen der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Alois Oberhauser begann seine wissenschaftliche Laufbahn mit dem Studium der Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Freiburg und Münster. Nach dem Diplomexamen im Jahr 1953 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für allgemeine und textile Marktforschung in Münster. Zwei Jahre später erfolgte die Promotion bei Horst Jecht mit einer Arbeit zum Thema „Einkommen und Textilverbrauch“. Ab 1958 arbeitete Alois Oberhauser am Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Münster, doch schon 1959 wechselte er als Assistent von Horst Jecht an das Institut für Finanzwissenschaft der Universität München. Dort habilitierte sich Alois Oberhauser 1962 mit einer Arbeit über „Finanzpolitik und private Vermögensbildung“. Die in der Habilitationsschrift analysierten Zusammenhänge zwischen der staatlichen Aktivität und der privaten Vermögensbildung bzw. dem privaten Sparen haben ihn in unterschiedlichen Zusammenhängen bis heute beschäftigt. Nach einer Lehrstuhlvertretung in Kiel übernahm Alois Oberhauser zum Wintersemester 1963/64 den Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, den er, nach drei zwischenzeitlich abgelehnten Rufen an andere Universitäten, bis zu seiner Emeritierung innehatte.

Neben seiner Lehr- und Forschungstätigkeit war Alois Oberhauser in verschiedenen Gremien aktiv. Hervorzuheben ist seine Mitgliedschaft im Wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums der Finanzen. Seit 1968 konnte er in dieser Funktion die Steuer- und Finanzpolitik unterschiedlicher Bundesregierungen wissenschaftlich begleiten, was ihm allerdings, angesichts der oftmals nur geringen Resonanz der Beiratsgutachten im politischen Entscheidungsprozeß, ebenso wie den anderen Mitgliedern nicht nur Freude bereitet haben dürfte. Eine weitere wichtige Beratungsfunktion übernahm Alois Oberhauser als Mitglied der Transfer-Enquête-Kommission der Bundesregierung von 1977 bis

1981. Bis heute ist er Mitglied im Ausschuß für Finanzwissenschaft – von 1994 bis 1997 als Vorsitzender – sowie im Ausschuß für Geldtheorie und Geldpolitik des Vereins für Socialpolitik.

Die Hauptforschungsgebiete von Alois Oberhauser liegen in den Bereichen Finanzwissenschaft, Geldpolitik, Sozialpolitik und Verteilungspolitik. Auf allen diesen Gebieten fanden stets die Verteilungszusammenhänge, und diese vor allem aus der gesamtwirtschaftlichen Perspektive, seine Aufmerksamkeit. Alois Oberhauser gehört zweifellos zu den leider seltener werdenden Ökonomen, die das Wirtschaften nicht allein als ein Allokationsproblem betrachten, sondern der Verteilungsfrage, aber auch der Stabilitätspolitik einen ebenbürtigen Stellenwert einräumen. Dabei ist er immer wieder mit bewundernswerter Geduld um die Vermittlung ökonomischer Grundeinsichten an die (verteilungs-)politischen Entscheidungsträger in Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften bemüht. Aber auch die Fachkollegen können sich seiner in der Sache kritischen, im persönlichen Umgang jedoch nie verletzenden Intervention sicher sein, wenn sie den ökonomischen Aspekten nicht genügend Aufmerksamkeit schenken, denen Alois Oberhauser zentrale Bedeutung beimißt.

Zu den Eckpfeilern seines ökonomischen Denkens gehört die von Kaldor geprägte Kreislauftheorie der Verteilung. Sie liefert den methodischen Ansatzpunkt zur Erklärung gesamtwirtschaftlicher Anpassungsvorgänge zwischen Sparen und Investieren (unter Einschluß der Staatsverschuldung und des Leistungsbilanzsaldo), die sich mit den traditionellen makroökonomischen Theorien, seien sie keynesianischer oder neoklassischer Provenienz, nicht hinreichend erfassen lassen. Alois Oberhauser sieht in den kaldorianischen Überlegungen ein Bindeglied zwischen den beiden Hauptrichtungen der Wirtschaftstheorie und -politik, dessen stärkere Beachtung zu erheblichen Modifikationen der jeweils einseitigen Aussagen der Nachfrage- und Angebotstheoretiker führen würde.

Ein weiteres Charakteristikum der ökonomischen Analyse ist bei Alois Oberhauser das Denken in Gütern. Gerade als ausgewiesener Kenner der Geldtheorie und Geldpolitik wußte er seine Zuhörer häufig mit der Aufforderung zu verblüffen, erst einmal das Geld zu vergessen, um die entscheidenden Determinanten des wirtschaftlichen Geschehens zu erkennen. Daß Geld eine wichtige Rolle spielt, wenn auch nicht im Sinne der Übertreibungen der monetaristischen Theorie, hat Alois Oberhauser dabei nie bestritten, doch insistiert er mit Nachdruck auf einer Verknüpfung der monetären mit den realen Bestimmungsfaktoren der (gesamt-)wirtschaftlichen Entwicklung.

Als Herausgeber haben wir uns bei der Gestaltung der Festschrift an den Interessenschwerpunkten des Jubilars orientiert. Da sich Alois Oberhauser stets engagiert und in unmißverständlicher Weise an der Diskussion ökonomischer Grundpositionen beteiligt hat, waren wir sicher, daß in seiner Festschrift unter-

schiedliche Beiträge Platz finden sollten, auch solche, die seinen Auffassungen kritisch gegenüberstehen. Wir hoffen, daß es uns gelungen ist, die Breite seines wissenschaftlichen Werkes und der dazugehörigen kontroversen Standpunkte aus Wissenschaft und Politik einzufangen. Allen Autoren wollen wir an dieser Stelle herzlich für ihre Unterstützung der Festschrift danken.

Wir wünschen dem Freund, dem Lehrer und dem Kollegen Alois Oberhäuser im Namen aller, die an dieser Festschrift mitgewirkt haben, Glück für seinen weiteren Lebensweg, darüber hinaus aber genügend Zeit und Muße für die Lektüre der ihm gewidmeten Beiträge, denen er sich, so ist unsere Erwartung, in gewohnt kritischer Sympathie nähern wird.

Passau, Giessen, Berlin im Januar 2000

Reinar Lüdeke,

Wolfgang Scherf,

Werner Steden

Inhaltsverzeichnis

A. Einkommens-, Güter- und Vermögensverteilung

Norm oder ökonomisches Gesetz? Eine grundsätzliche Frage, diskutiert am Vergleich der Einkommensverteilung in Deutschland und Frankreich <i>Gerold Blümle</i>	13
Einkommensumverteilung und Wirtschaftswachstum <i>Alfred Greiner und Horst Hanusch</i>	39
Über den Einfluß der Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer auf die Bildung und Verteilung des Vermögens <i>Wolfgang J. Mückl</i>	59
Vermögenspolitik aus der Sicht wirtschaftlicher Entwicklung <i>Heinz Lampert</i>	83
Globalisierung und Vermögensverteilung. Gilt der „U-turn“ auch für Deutschland? <i>Karl-Dieter Grüske</i>	101
Ausgewählte Verteilungswirkungen der Finanztransfers zwischen West- und Ostdeutschland nach der deutschen Vereinigung <i>Armin Bohnet und Stephan Heck</i>	131
Die Rolle güterspezifischer Gerechtigkeit in der Finanzwissenschaft <i>Werner Steden</i>	163

B. Familienpolitik und Soziale Sicherung

Vom Familienlastenausgleich zum Elternleistungsausgleich: Von der interpersonellen Bedarfsgerechtigkeit zur intergenerativen Leistungsgerechtigkeit <i>Reinhard Lüdeke</i>	193
Neu- und Höherbewertung der familiären Erziehungsarbeit als familienpolitische Aufgabe in der EU <i>Max Wingen</i>	219
Grundlegende Aspekte einer Sozialpolitik unter theoretischen Aspekten und im Kontext der Globalisierung <i>Siegfried Hauser und Cornelius Paulus</i>	235
Die Zukunft der Alterssicherung <i>Willi Albers</i>	253
Sozialtransfers und Bildungsausgaben in der demographischen Zwickmühle <i>Holger Bonin und Bernd Raffelhüschen</i>	271

Arbeitsmarkt, Soziale Sicherung und Vermögensbildung: Ein grundlegender Zusammenhang für die Zukunftsfähigkeit des deutschen Ordnungsmodells der Sozialen Marktwirtschaft <i>Gerhard Kleinhenz und Gerhard Kühlewind</i>	293
Objekt- oder Subjektförderung? Versuch einer Klärung des umstrittenen wohnungspolitischen Instrumentariums <i>Helmut Jenkis</i>	311
 C. Staatsdefizit, Steuern und Finanzausgleich	
Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Zur Kritik der Vertreter des Generational Accounting am Konzept des Staatsdefizits <i>Otto Gandenberger</i>	353
Die unterlassene Besteuerung der Nutzungswerte selbstgenutzten Wohnungseigentums: Vergebene Reformpotentiale <i>Johannes Hackmann</i>	387
Ehegattensplitting und Verfassungsrecht <i>Hartmut Söhn</i>	413
Fiscal Separation, Decentralisation and Federation in Queensland (1859–1949) <i>Tomas J. F. Riha</i>	439
Gesamtwirtschaftliche Wirkungen einer Wertschöpfungsteuer (und einiger Alternativen) <i>Hans Fehr und Wolfgang Wiegard</i>	477
Die Bedeutung der Nivellierungshebesätze im kommunalen Finanzausgleich <i>Wolfgang Scherf</i>	499
 D. Beiträge zur Geld- und Finanzpolitik	
Wirksame Verbesserung der Beschäftigung durch konjunkturgerechte und mit der Geldpolitik koordinierte Wirtschafts- und Finanzpolitik <i>Herbert Ehrenberg</i>	527
Deutschland im europäischen Konjunkturverbund <i>Paul Klemmer</i>	545
Negative Angebotsschocks, Lokomotivthese und internationale Politikkoordination <i>Friedrich L. Sell</i>	565
Das neuseeländische „Notenbank-Modell“: Hintergründe, Konzept, Erfahrungen <i>Rolf Caesar</i>	587
Geld- und fiskalpolitische Probleme öffentlicher Kreditnahme in der EWU <i>Hans-Hermann Francke</i>	617
Schriftenverzeichnis Alois Oberhauser	633

A. Einkommens-, Güter- und Vermögensverteilung

Norm oder ökonomisches Gesetz?

Eine grundsätzliche Frage, diskutiert am Vergleich der Einkommensverteilung in Deutschland und Frankreich

Gerold Blümle

I. Ein Phantom der Verteilungstheorie?

„I am not sure where ‚marginal productivity‘ comes in all this“¹, schreibt Nicholas *Kaldor* in seinem berühmten Aufsatz „Alternative Theories of Distribution“ und Alois *Oberhauser* stimmt ihm zweifelsohne zu. Dabei entsteht das Erstaunen *Kaldors* lediglich aus einer unterschiedlichen Definition des Gewinneinkommens. Während bei *Kaldor* der Gewinn entsprechend der 2. Keyneschen Gleichung als kurzfristiges Residualeinkommen definiert ist, versteht die Grenzproduktivitätstheorie darunter das Zinseinkommen im Sinne eines langfristig sich ergebenden durchschnittlichen kontraktbestimmten Einkommens. Führt man Gewinn als Residuum und Zinseinkommen im Sinne von Faktorentgelt als unterschiedliche Einkommenskategorien ein, so lässt sich dieses Staunen erklären².

Die Frage, der hier nachgegangen werden soll, entspringt einer Deutung des Kaldorschen Satzes, die *Kaldor* selbst nicht vorgenommen hat. Es geht um die Frage, ob sich die Ableitungen der makroökonomischen Produktionsfunktion als Grenzproduktivitäten in Analogie zu mikroökonomischen Produktionsfunktionen deuten lassen.

Obwohl es inzwischen allgemein anerkannt ist, daß die makroökonomische Produktionsfunktion nur als holistisches Konzept zu verstehen ist³, eine reduktionistische Begründung dagegen unmöglich bleibt⁴, sind beachtliche Teile der ökonomischen Theorie, z. B. die reale Außenwirtschaftstheorie, ohne dieses Konzept kaum vorstellbar. Dieser Sachverhalt erscheint jedoch insofern ver-

¹ *Kaldor*, 1955, S. 100.

² Vgl. *Blümle*, 1975, S. 164–165.

³ Vgl. *Blümle/Patzig*, 1993, S. 616–618

⁴ Vgl. *Kammerer*, 1965.

ständlich, als im Gegensatz zur theoretischen Begründung die empirische Bestätigung dieses Konzepts vergleichsweise überzeugend ausfällt.

Es wird hier nun ein weiterer⁵ und ergänzender Versuch unternommen, diesen Widerspruch zwischen theoretisch fehlender Erklärung und empirisch guter Sicherung zu erklären, wobei in dieser Untersuchung das Beispiel der Einkommensverteilung gewählt wird.

So soll im folgenden zunächst darauf eingegangen werden, welche Realitätsnähe man der mikroökonomischen Grenzproduktivitätstheorie des Lohnes zubilligen kann. Am Beispiel eines Vergleichs empirischer Befunde bezüglich der Streuung der Lohneinkommen in Deutschland und Frankreich wird diese Frage anschließend vertieft, bevor die Suche nach anderen Bestimmungsgründen der Lohndifferenzierung aufgenommen wird. Der Zusammenhang zwischen Leistungsentlohnung und Arbeitsmotivation, die Bedeutung der Lohndifferenzierung für externe Effekte und für die soziale Mobilität werden im weiteren erörtert. Unter Bezug auf die unabhängig voneinander entwickelten und hier nur kurz vorgestellten Hierarchiemodelle der personellen Einkommensverteilung von *Lydall* und *Beckmann* soll anschließend eine Deutung der Verteilungsunterschiede zwischen Frankreich und Deutschland am Beispiel eines einfachen Modells vorgenommen werden. Auf diese Weise wird die Grundlage für eine Aggregation geliefert, die für den empirischen Erfolg des Konzepts der makroökonomischen Produktionsfunktion eine Erklärung zu liefern vermag. In einem abschließenden Kapitel sollen dann die Unterschiede des deutschen und französischen Wirtschaftsstils als Bestimmungsgründe der Verteilungsunterschiede herausgearbeitet werden.

II. „Macht oder ökonomisches Gesetz“

Im Jahr 1914 erschien *Böhm-Bawerks* Beitrag „Macht oder ökonomisches Gesetz“⁶. Selten ist das Thema eines wissenschaftlichen Artikels dermaßen oft und kontrovers diskutiert worden, so beispielsweise als Hauptthema der Tagung des Vereins für Socialpolitik 1972. Dies erscheint in Anbetracht des ideologischen Gehaltes der zentralen These verständlich. Die Entlohnung mit der Grenzproduktivität erklärt den Preis für die Nutzung der Produktionsfaktoren und so auch des Faktors Arbeit angeblich ideologiefrei, gewissermaßen „natürlich“. Zum einen sind es nämlich die Preise, die die Endnachfrager letztlich entsprechend ihren „natürlichen“ Präferenzen für Güter zu zahlen bereit sind, und zum anderen die technischen Gegebenheiten einer Produktionsfunk-

⁵ Vgl. *Blümle*, 1998, S. 225–244.

⁶ Vgl. *Böhm-Bawerk*, 1914, S. 205–271.

tion, die zumindest langfristig den Lohn bestimmen. Vor diesem Hintergrund ist es plausibel, wenn das Entstehen der Neoklassik vor und nach der Jahrhundertwende als Antwort der „bürgerlichen“ Ökonomie auf den Marxismus gedeutet wird,⁷ da die Klassik wie Marx die Einkommensverteilung als Klassenphänomen gedeutet hat. „Theorien, die die Aufmerksamkeit vom Antagonismus der sozialen Klassen ablenkten, waren hoch willkommen.“⁸

Die Realitätsferne der Deutung der Produktionsfunktion nach der Grenzproduktivitätstheorie steht in einem seltsamen Gegensatz zu ihrer scheinbaren empirischen Bewährung und ihrer anhaltenden Dominanz in der ökonomischen Theorie. So erscheint die Annahme der vollkommenen Konkurrenz in Anbetracht des tatsächlichen Zustandekommens von Lohneinkommen in Tarifverhandlungen nicht gerechtfertigt, da „die Preisbildung auf dem Faktormarkt sich immer weiter von den klassischen und neoklassischen Marktmodellen entfernt“⁹. Darüber hinaus ist zwar die Lösung des Zurechnungsproblems durch diese Theorie sehr elegant, aber gleichermaßen wirklichkeitsfremd. In modernen Industriegesellschaften erfolgt die Produktion zunehmend in einer Weise, daß Arbeitskräfte in einer komplementären Beschäftigung Kontroll- und Regelungsaufgaben wahrnehmen, daß eigenverantwortliches Handeln bei extremer Spezialisierung abgestimmt werden muß und damit Selbstorganisation und Kommunikation eine zentrale Bedeutung erhalten. „Wer arbeitet, kommuniziert.“¹⁰ Die Zurechnung eines bestimmten Grenzprodukts zu einer bestimmten Tätigkeit erscheint somit nicht nur für die ca. 20 % der Unselbständigen, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind¹¹, unmöglich.

Auch besteht weitgehend Übereinstimmung in dem Urteil, daß die Kosten der Leistungsermittlung die möglichen Vorteile einer leistungsorientierten Entlohnung übertreffen¹². Norbert Berthold verweist darüber hinaus auf Gründe, „weshalb weder die Unternehmungen noch die Arbeitnehmer an einer permanenten produktivitätsorientierten Entlohnung interessiert sind“¹³. Dies kann zum einen darin begründet sein, daß Arbeitnehmer wenig risikofreudig sind und ein festes standardisiertes Einkommen vorziehen, zum anderen läßt sich dies auch polit-ökonomisch durch das Verhalten der Gewerkschaften deuten. Liegt nämlich das arithmetische Mittel der Produktivität über dem Median, wie sich dies bei oft unterstellten rechtsschiefen Verteilungen erwarten läßt, so werden sich demokratisch strukturierte Gewerkschaften für eine an der Durch-

⁷ Vgl. Dobb, 1977, S. 40–44.

⁸ Robinson/Eatwell, 1977, S. 68.

⁹ Krupp, 1968, S. 99.

¹⁰ Baecker, 1994, Nr. 24, S. 22.

¹¹ Vgl. Institut der Deutschen Wirtschaft, 1998a, Tabelle 84.

¹² Vgl. z. B. Malcolmson, 1981, S. 848–866.

¹³ Berthold, 1987, S. 125.